

Schweiz, Russland, Südkorea, Indien und den USA beteiligt. Im Rahmen dieses Projekts wird seit dem Jahr 2005 der erste „Internationale Thermonukleare Versuchsreaktor“ (ITER) in Südfrankreich errichtet. Die Hoffnung ist, mit dieser Kernschmelzung eine neue umweltfreundliche, kostengünstige und langfristig nutzbare Energiequelle schaffen zu können, die andere Energieträger ergänzen oder langfristig sogar ersetzen könnte. Die VR China erbaute in einem parallel laufenden Forschungsprojekt mit dem Namen „Experimental Advanced Superconducting Tokama“ (EAST) seit 1998 einen eigenen Versuchsreaktor, der im März 2006 fertiggestellt wurde.

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua hatte Wan Yuanxi, Leiter des Versuchsreaktors vom russischen Typ Tokama, Ende August d. J. angekündigt, innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre eine neue Rekorddauer der Fusion von bis zu 1.000 Sekunden erreichen zu wollen, damit mehr Energie geliefert als aufgenommen würde. In dem Erstversuch wurde nach Angaben Wus das Plasma nun etwa drei Sekunden lang gezündet.

Der stellvertretende Leiter des Forschungsprojekts ITER stellte fest, dass bereits mehrere Länder derartige Tests gemacht hätten. Eine solche Plasmaproduktion sei nur ein Teil der Kernschmelzung wie ITER sie durchführt. Die VR China habe damit wohl zeigen wollen, „Mitglied des Clubs zu sein“ (WSJ, 28.9.06). (XNA, 26.7.06; SCMP, 29.9.06)

Gesellschaft

Günter Schucher

Soziale Sicherung eine der Hauptsorgen der Städter

Die drei Hauptsorgen der Bewohner von großen und mittleren Städten in China sind Wohnungspreise, soziale Sicherung und Beschäftigung. Dies ergab ein Online-Survey, der über zwei Jahre durchgeführt wurde und an dem sich 773.325 Menschen in 287 Städten ab der Gemeindeebene beteiligten.

Das System der sozialen Sicherung geriet erst kürzlich negativ in die Schlagzeilen, als die Veruntreuung von einem Drittel des Shanghaier Sicherungsfonds (immerhin 400 Mio. US\$) durch dortige Beamte bekannt wurde (vgl. auch die Dokumentation in der Rubrik „Innenpolitik“). Chinesische Medien sprachen vom größten Finanzskandal in Shanghai seit vielen Jahren. Das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit verordnete, dass die Sicherungsfonds künftig nur bei Banken deponiert oder in staatlichen Schuldverschreibungen investiert werden dürfen, bis neue Investitionsvorschriften erlassen worden sind. Die Wellen, die der Skandal bis in die höchsten Führungskreise der KP hinein schlägt, verdecken z. T. die grundsätzlichen Probleme, die sowohl im Sozialversicherungssystem selbst als auch auf dem Kapitalmarkt bestehen. Untersuchungen zu den Mängeln des sozialen Sicherungssystems ergeben drei Hauptgründe für die häufige Veruntreuung von Mitteln: Fehlende Verantwortlichkeit, unzureichende Kontrollen und veraltetes Management

sowie den Missbrauch staatlicher Macht. Löcher im System bestehen bereits bei der Erhebung der Mittel, die über Gebühren, nicht über Steuern erfolgt. Die Beamten, die die Gebühren einsammeln, können so Vereinbarungen mit den Gebührenzahlern treffen, die Mittel zu beiderseitigem Nutzen abzweigen. Fehlende Kontrollen machen die nicht legale Nutzung von Fonds möglich. Durch die Auflistung nicht vorhandener Empfänger können lokale Regierungen die staatlichen Subventionen ausweiten, und der Druck auf die Lokalregierungen, die knappen oder häufig auch nicht ausreichenden Fonds aufzustocken, führen zu risikoreichen Investitionen.

Mit dem sozialen Sicherungssystem befasste sich am 23. und 24. September das erste Treffen des Chinesischen Forums für Soziale Sicherung in Beijing. Vizepremier Huang Ju bezeichnete das System als Rückgrat der sozialistischen Marktwirtschaft und forderte, wie auch Arbeitsminister Tian Chengping, seine Anpassung an die Realität und das erreichte Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung. Hinter dieser Formel scheint sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit zu verbergen, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande für soziale Sicherung zu sorgen und die Arbeitsmigranten in den Städten, die Beschäftigten im nichtstaatlichen Sektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen sowie die Bauern, deren Land requiriert wurde, in das System einzubeziehen.

Tian erklärte, der Sozialversicherungsfonds sei im Jahre 2005 in China auf 606,6 Mrd. Yuan (60,9 Mrd. Euro) angewachsen, bei einem Plus von 20% pro Jahr, der So-

zialhilfefonds betrage über 200 Mrd. Yuan. Die Zahl der Versicherten steige pro Jahr um 6%. Ende 2005 waren knapp 175 Mio. Menschen in die Rentenversicherung einbezogen (64% der städtischen Beschäftigten), 106 Mio. in die Arbeitslosenversicherung (39%), knapp 138 Mio. in die Krankenversicherung (50%), 85 Mio. in die Unfallversicherung (31%) und 54 Mio. in die Mutterschaftsversicherung. 22,3 Mio. Städter erhielten Unterstützung aus dem Programm zur Sicherung des Existenzminimums. Aufgrund des enormen Drucks, der durch die Alterung der Gesellschaft auf die Sozialversicherungen erwächst, hat die Zentralregierung eine strategische Reserve in Höhe von 200 Mrd. Yuan auf nationaler Ebene geschaffen.

Die Probleme der Krankenversicherung wurden durch eine Meldung deutlich, wonach die Proteste gegen Krankenhäuser dramatisch zunehmen. In der ersten Hälfte 2006 registrierte die Provinz Guangdong über 200 Proteste und Gewaltakte aufgebracht Angehöriger, die sich an Fehlbehandlungen und Todesfällen entzündet hatten. Ähnliches passiert auch in den anderen Provinzen. Die Gesundheitsbehörden machen dafür einen Mangel an Rechtsbewusstsein verantwortlich, gestehen aber auch ein, dass die hohen Krankengebühren und arrogantes Verhalten seitens des Krankenhauspersonals zu erheblicher Unzufriedenheit führen.

Für das ländliche Gesundheitswesen wurde wiederum als Erfolg vermeldet, dass der Aufbau eines kooperativen Sicherungssystems mit großen Schritten vorangeht. Mitte 2006 waren 396 Mio. Bauern, 44,7%

der gesamten ländlichen Bevölkerung einbezogen. Waren Ende 2005 erst 678 Kreise von dem neuen System erfasst, so galt dies Ende Juni bereits für 1.399. Mit dem Aufbau dieses Systems wurde verstärkt nach der SARS-Krise im Jahr 2003 begonnen. Für jede zehn Yuan, die die Bauern als individuellen Beitrag in die Versicherung einzahlen, gibt der Staat seit 2006 40 Yuan dazu; getragen werden aus der Versicherung bis zu 65% der medizinischen Kosten. Bis 2010 sollen alle Kreise erfasst sein. (XNA, 11., 15., 22., 23., 24., 27.9.06; SCMP, 10.9.06; FT, 29.8.06; WSJ, 15.9.06; *The Economist*, 9.9.06; Wen Wei Po, 26.8.06, nach BBC PF, 31.8.06)

Kampf gegen illegalen Bergbau

Die chinesischen Lokalregierungen führen einen verzweifelten Kampf gegen kleine, illegale und extrem unfallanfällige Bergwerke. Trotz massenhafter Schließungen in den letzten Jahren gibt es immer noch 17.000 kleine Kohleminen, die ein Drittel der Kohle produzieren, aber zwei Drittel der Unfälle in diesem Industriezweig verursachen. Ihre Zahl soll in den nächsten Jahren auf unter 10.000 sinken. Bis Ende 2006 sollen 2.652 geschlossen werden, weitere 2.209 bis Ende 2007. In den ersten acht Monaten des Jahres 2006 starben bereits 2.900 Bergarbeiter in 1.824 Unfällen. Dies sollen 25,5% bzw. 13,6% weniger als im Vorjahreszeitraum gewesen sein; nach anderen Angaben stieg die Zahl der Unfalltoten in Kohleminen im Mai, Juni und Juli dieses Jahres aber wieder um 11%, 12,4% und 15,7%. Im gesamten letzten Jahr sollen fast 6.000 Bergarbeiter bei

3.300 Explosionen, Stolleneinbrüchen und Überflutungen ums Leben gekommen sein.

Ein wesentlicher Faktor, der die Bekämpfung der illegalen und unlizenzierten Minen erschwert, ist die Kooperation von Minenbetreibern mit Regierungsbeamten. Hintergrund sind die enormen Profite, die angesichts ständig steigender Preise für Kohle und Eisenerz im Bergbau erzielt werden können. In den 18 Monaten von Anfang 2005 bis Ende Juni 2006 wurde nach Angaben des Ministeriums für Land und Ressourcen in 70.000 Fällen ermittelt und 2.660 Beamte wurden bestraft, weil sie Anteile an Minen hatten. Dies war im letzten Jahr verboten worden. Bis zum 22. September 2005 hatten alle Beamten im öffentlichen Dienst oder in staatseigenen Unternehmen die Möglichkeit, ihre Investitionen in Minen offenzulegen und ihre Anteile zu verkaufen; 5.327 sollen daraufhin Anteile in Höhe von 755 Mio. RMB Yuan angemeldet haben. Aber nicht alle: In diesem Jahr wurden bereits 315 Mitglieder der Regierung und Leiter von Staatsunternehmen wegen ihrer Anteile an Kohleminen zur Rechenschaft gezogen – auch aus dem Ministerium für öffentliche Sicherheit. Die Gewerkschaften unterstützen die Aufdeckung durch inzwischen rund 70.000 Bergleute, die als „Sicherheitsinspektoren“ rekrutiert wurden; ihre Zahl soll bis zum Jahresende auf 100.000 steigen. (XNA, 9., 15., 17., 23.8., 3., 4., 22.9.06)

Mehr Investitionen in die Arbeitssicherheit

Rund 61.100 Personen starben bereits in diesem Jahr bis Ende Juli in China bei Un-

fällen, viele davon bei Arbeitsunfällen. Im Jahre 2005 sollen bei 717.938 Arbeitsunfällen 127.089 Personen ums Leben gekommen sein. Wenn die Regierung auch bei internationalen Foren zur Arbeitssicherheit in Beijing versicherte, dass 90% dieser Unfälle auf menschliches Versagen zurückzuführen seien, so will sie doch bis 2010 rund 467 Mrd. RMB Yuan (47 Mrd. Euro) in Arbeitssicherheit investieren, um die Unfallrate von 3,85 pro 100.000 Arbeiter auf 2,8 zu drücken.

Über 90 Mio. städtische Arbeiter waren Ende Juli 2006 in die Unfallversicherung einbezogen, darunter 18,71 Mio. Wanderarbeiter – 6,2 Mio. mehr als 2005. Bis zum Jahre 2010 soll die Zahl der Versicherten auf 140 Mio. gesteigert werden, ein Hauptaugenmerk des Arbeitsministeriums liegt dabei auf der Einbeziehung der Wanderarbeiter, die bisher in der Regel unter besonders schlechten Bedingungen arbeiten und bei Unfällen einfach entlassen werden. (XNA, 9., 15., 29.8., 6., 19.9.06; SCMP, 29.8.06; WSJ, 29.8.06)

Kein Schutz gegen Landnahmen

Es gibt kaum konkrete Angaben über die weit verbreitete Praxis der Landnahmen. Nach Angaben des Arbeitsministeriums verloren 40 Mio. Bauern in der letzten Dekade ihr Land durch Urbanisierung, weitere 15 Mio. werden es in den nächsten fünf Jahren verlieren. Das Ministerium für Land und Ressourcen gab bekannt, dass in den letzten sieben Jahren 66.670 Quadratkilometer (ca. 6,7 Mio. ha) Agrarland – 5% der Agrarfläche Chinas – für städtische oder industrielle Ent-

wicklung verloren gingen. Da die Landnahmen häufig zwangsweise oder sogar illegal ohne ausreichende Kompensation erfolgen, sieht die Regierung darin einen gewichtigen Faktor für soziale Instabilität auf dem Lande. „Dies ruft Massenvorfälle auf dem Lande hervor“, betonte Ministerpräsident Wen Jiabao, „Wir dürfen auf keinen Fall in der Frage des Landes einen historischen Fehler begehen“.

Problematisch ist die Angelegenheit aufgrund fehlender Eigentumsrechte am Land, die auch in der Neufassung des Eigentumsrechts nicht vorgesehen sind. So betrachten sich die lokalen Kader als „Eigentümer“ des „kollektiven Eigentums“. Sie können dabei immense Profite machen: In Fujian kann für Agrarland, das 7.000 RMB Yuan pro Mu (0,067 ha) wert ist, nach Berechnungen des Development Research Centers beim Staatsrat bis zu 500.000 RMB Yuan pro Mu als Entwicklungsland erzielt werden – ein großer Anreiz für die Verletzung von Bestimmungen. Im Juni gab der Leiter der nationalen Audit-Behörde bekannt, dass im Jahre 2005 in 21 von 34 Fällen bei Autobahnprojekten den Bauern nicht die vorgeschriebenen Kompensationen gezahlt wurden. Die Lokalregierungen zweigten dadurch 1,6 Mrd. RMB Yuan ab. Ein weiterer Anreiz für die Kader ist, dass ihre Beförderungen von den wirtschaftlichen Wachstumsraten und der Steigerung ausländischer Investitionen abhängen, aber nicht von adäquaten sozialen Dienstleistungen.

Die Regierung bekämpft das Problem halbherzig, da sie auch im neuen Eigentumsrecht kein Landeigentum für die Bauern vorsieht, sondern nur langfristige Nutzungsrechte, aber die können auch den Wert des

Landes für andere steigern. Weiterhin versucht sie, höhere Kompensationen durchzusetzen oder auch die soziale Absicherung zu verbessern (vgl. auch die Dokumentation in der Rubrik 'Innenpolitik'). In Guangdong sollen ab dem 25. Juli d.J. Bauern von 234.000 RMB Yuan bis zu 1,03 Mio. RMB Yuan für einen Hektar Land erhalten, abhängig von der jeweiligen Zone. Eine nationale Bestimmung sieht vor, dass ab 1. September 2006 Bauern, die wegen großer Wasserbauprojekte umgesiedelt werden müssen, das 16-Fache des durchschnittlichen jährlichen Output-Wertes erhalten und selbst entscheiden können, wo und wie sie ihr neues Haus bauen. Dies könnte für 300.000 Menschen zutreffen, die im Zuge des Dreischluchten-Projekts noch zusätzlich umgesiedelt werden sollen – insgesamt werden es dort dann über 1,4 Mio. gewesen sein. Problematisch bleibe, wie der Beijinger Wirtschaftsprofessor Zhou Qiren bemerkte, dass einzig das Land selbst für die Bauern von größter Bedeutung sei. (XNA, 12.8., 1.9.06; ST, 3.10.06)

Gewerkschaften bei Wal-Mart

Wal-Mart ist bekannt dafür, dass der Konzern weltweit keine Gewerkschaften in seinen Läden zulässt. In China musste er jetzt eine Ausnahme machen, nachdem der All-Chinesische Gewerkschaftsbund (ACFTU) ihn zum Hauptziel einer Kampagne gemacht hat, die anstrebt, die Zahl der Gewerkschaftsorganisationen in ausländischen Unternehmen zu steigern.

Das Gewerkschaftsgesetz sieht vor, dass Unternehmen ab 25 Mitarbeitern Gewerk-

schaftsgruppen einrichten sollten und Angestellte das Recht haben, sich dem ACFTU anzuschließen. Tatsächlich sind nur wenige ausländische Unternehmen dieser Vorschrift gefolgt und haben dementsprechend auch heftig beklagt, dass die Rolle der Gewerkschaften mit dem neuen Arbeitsvertragsgesetz gestärkt werden soll (vgl. C.a., 4/2006, S. 47 ff.). Dem ACFTU-Präsident Wang Zhaoguo geht dies noch nicht weit genug. Er schlug Anfang Juli eine Ergänzung zum Gewerkschaftsgesetz vor, die Gewerkschaften in ausländischen Unternehmen verpflichtend machen würde. ACFTU selbst will noch in diesem Jahr in der Hälfte dieser Unternehmen Gewerkschaften gründen, derzeit gibt es sie nur in rund 26% der ca. 150.000 ausländischen Unternehmen (mit 4,29 Mio. Mitgliedern).

Staats- und Parteichef Hu Jintao soll im Juli, nachdem sich der Konzern seit zwei Jahren der Gründung einer Gewerkschaft widersetzt hatte, in einer schriftlichen Anweisung ACFTU dazu aufgefordert haben, eine Kampagne gegen diesen zu starten: „Do a better job of building Party organizations and trade unions in foreign-invested enterprises“. Dies, so das *Wall Street Journal*, könnte den plötzlichen Erfolg erklären, denn am 29. Juli wurde die erste Organisation in einem Wal-Mart-Geschäft in Quanzhou gegründet und bis zum 16. August waren es 15 weitere. Wal-Mart hat in China 60 Läden mit rund 30.000 Beschäftigten. (XNA, 8.8.06; WSJ, 5., 16.8.06; Rolf Geffken, „Discount-Diktat im Osten“, *junge Welt*, 28.7.06; ders., „Wal-Mart in Defensive“, *junge Welt*, 29.8.06)